

Es geht in erster Linie um Vernunft

Kürzlich habe ich in einem Zeitungsbeitrag über Empathie und die Grenzen des Mitgefühls gelesen. Empathie ist – kurz gesagt – die Fähigkeit, sich in andere Menschen einzufühlen, und wohl letztlich auch die Fähigkeit, dieser Einfühlung gemäss zu handeln. Es wurde dort auf Jeremy Rifkin verwiesen, der die These vertritt, dass eine universelle, auf Empathie sich stützende Verbundenheit nötig ist, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen.

Es braucht aber mehr. Gefordert ist darüber hinaus ein Akt der Vernunft, und einmal mehr betrifft diese Forderung insbesondere die Wirtschaft als Teil der Zivilgesellschaft. Dass Politiker diesbezüglich speziell vorausdenken müssten, ergäbe sich eigentlich von selbst aus ihrem Auftrag.

Erfahren und bestätigt erhalten habe ich auf einer Reise in Südamerika und in die Antarktis sowie bei einer Ballung von diesbezüglichen Vorträgen, dass der Klimawandel schon weitgehend eingetreten, aber noch nicht zu Ende ist. Eine Folgerung daraus ist die Erkenntnis, dass es für den Umgang mit diesen Herausforderungen verbindliche globale Vorgaben geben muss. Das heisst, man darf es nicht dem Gutdünken Einzelner

überlassen, ob und wie diesen Entwicklungen Rechnung getragen wird. Das Gleiche gilt für die Frage des Umgangs mit Menschenrechten und Umweltstandards.



Gesetzliche Vorgaben und weltweit geltende Standards sind gleichermaßen relevant als Existenzgrundlage unserer Zivilisation. Die Schweiz wäre dabei mittels ihrer eigenen nationalen Gesetzgebung ein wichtiger Akteur. Für die Zivilgesellschaft gerade von Staaten, die nicht funktionieren, weil Korruption herrscht, keine unabhän-

AUSSICHTEN

gige Justiz besteht und die Machthaber Menschenrechte mit Füßen treten, ist es nämlich von enormer Bedeutung, ein Signal aus der starken Schweiz zu erhalten. Ein Signal dafür, dass nicht toleriert wird, dass Schweizer Unternehmen von diesem Versagen und von diesen Umständen in den Ländern profitieren, in denen sie tätig sind. Unternehmen sind diesbezüglich selbst in die Verantwortung zu nehmen.

Es geht gar nicht darum, als «Gutmensch» im Sinne des Unwortes des Jahres 2015 zu wirken. Die Frage cui bono – wem nützt es – sollte gar nicht gestellt werden. Vielmehr geht es um eine Moral, die von Vernunft geprägt ist. Vernunft in diesem Zusammenhang beinhaltet nämlich anzuerkennen, dass grosse Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten be-

stehen und dass es eine Pflicht gibt, die Menschen in den armen und speziell betroffenen Staaten zu unterstützen und zu schützen sowie sich im Hinblick auf die natürlichen Ressourcen weitsichtig und verantwortungsvoll zu verhalten.

Für die Bewohner in diesen erwähnten Ländern und für die Vertreter der Zivilgesellschaft, zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NGO), ist es immer auch wichtig zu wissen, dass sie Anerkennung und Unterstützung in den Staaten finden, die bezüglich demokratischer Strukturen und Prozesse Vorbild sein können. Die Schweiz mit ihrer Geschichte, mit ihren überlieferten Werten und mit ihrem Know-how drängt sich geradezu auf, beispielhaft voranzugehen. Das haben mir Gespräche auf meiner Reise deutlich gemacht.

Wenn nun eine Grossbank wie die UBS ein langes Papier publiziert, in welchem sie Zahlen und Szenarien zum Klimawandel vorlegt und die Folgen für den Mittelstand eruiert, so ist das zwar ein spannendes Dokument, aber gleichzeitig auch eine sehr beschränkte Optik. Es geht ja letztlich nicht bloss darum, ob und wie das Ausgabeverhalten gesellschaftlicher Schichten sich verändert und welche Risiken eine bestimmte Gesellschaftsschicht bewältigen muss. Die Menschen in armen und schwach aufge-

stellten Ländern beispielsweise sind durch den Klimawandel einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt, und sie können diese Bedrohung nicht ohne die Hilfe der starken Staaten bewältigen.

Die Schweiz hat im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten solchen Staaten über Jahrzehnte beim sogenannten «Institution Building» Unterstützung geleistet. Das heisst, man hat diese Staaten beraten, wie Institutionen aussehen könnten, die Teil eines funktionierenden Staatsapparates bilden. Die Schweiz sollte nun in ihrer Politik und in der Gesetzgebung Konsequenz zeigen und gegenüber der Wirtschaft aus der Deckung gehen, indem sie zuhänden der Zivilgesellschaften der schwach entwickelten Staaten über ihre eigenen Gesetze ein Signal setzt, dessen Inhalt eigentlich jeder vernünftigen Person einleuchtet: Die Beachtung von Menschenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards ist bindend für Schweizer Unternehmen nicht nur im Inland, sondern ebenso im Ausland. Nur das kann nachhaltig sein, das sagt uns die Vernunft.

MONIKA ROTH
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

HINWEIS:

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktaufsicht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.